

## Der Staat muss und wird "sein Wort" nicht halten

30.07. | 2014

**Wer in alternative Energieprojekte investieren will, sollte dabei nicht übersehen, wie unzuverlässig die Politik bei langfristigen Zusagen ist.**



Gerhard  
Führung,  
Herausgeber  
FONDS  
professionell

Die rückwirkende Änderung der staatlichen Förderung von Solarkraftwerken in [Italien](#) ist ein weiteres Beispiel dafür, dass jedes Investment, für dessen langjährige Kalkulation auch politische Entscheidungen eine zentrale Rolle spielen, mit allergrößter Vorsicht zu genießen ist. Grundsätzlich spielt die Politik ja bei jeder Kapitalanlage eine Rolle – ein Änderung der Besteuerung ist bekanntlich jederzeit möglich und wir haben das ja schon x-fach erlebt. Sobald aber der politische Wille unmittelbar mit Projekten verknüpft ist – entweder über eine steuerliche Sonderbehandlung, über Förderungen oder über Preisgarantien –, wird es wirklich heikel. Das jüngste Beispiel ist eben jene geplanten Förderkürzung für Solarkraftwerke in Italien.

Es ist noch nicht lange her, dass Rohölpreise im Bereich um 140 US-Dollar pro Fass und darüber die "Energiewende" zum brennenden Thema der Politik machten und dafür sorgten, dass in vielen Staaten alternative Energiegewinnungsprojekte in der Agenda ganz nach oben gerückt wurden.

Mit Fixpreis- und Abnahmegarantien lockte man Investoren in Photovoltaik- und Windkraftprojekte und mobilisierte damit tatsächlich viele Milliarden. Für Anleger und ihre Berater schien es die vernünftigste Sache der Welt zu sein, in solche Projekte einzusteigen und dabei erstens akzeptable Renditen und zweitens einen positiven Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten. Schritt für Schritt wurden und werden seither die Investitionsanreize beschnitten. Der Staat muss sich nicht an "sein Wort" halten, scheint die Devise zu sein.

In Österreich konnte jüngst nur mit knapper Not abgewendet werden, dass private Betreiber von Photovoltaikanlagen für den von ihnen selbst verbrauchten Strom eine eigene Steuer bezahlen müssen. Diese – eigentlich schon seit den 90er Jahren vorhandene – Regelung kommt nun zwar, allerdings nur für große Anlagen.

Dass eine solche Bereitschaft der Sparer und Hausbesitzer – nämlich ihr Geld in alternative Technologien zu investieren, um diese erst zu ermöglichen – vielleicht in Zukunft noch einmal dringend benötigt wird, dürfte Politiker, die nun einst gegebene Versprechen und Zusagen missachten, nicht weiter beschäftigen. Kein Wunder, denn derzeit scheint das Energieproblem ja wieder deutlich kleiner zu sein, als es vor wenigen Jahren den Anschein hatte. Die USA exportieren erstmals seit den 1970er Jahren wieder Öl, an den Strombörsen sinken die Preise seit 2008, und nicht einmal die Gaspreise haben bislang auf den Konflikt in der Ukraine reagiert.

Aber wie lange wird das so bleiben? Spätestens dann, wenn es tatsächlich gelingt, die Weltwirtschaft wieder in Schwung zu bringen – zugegeben, derzeit scheint das sehr weit entfernt zu sein – werden wir wieder über die drohende Energiekrise sprechen. Berater und Anleger sollten bis dahin nicht vergessen, wie "zuverlässig" die Politik ist, wenn es darum geht, bei Anlegern für ihre Bereitschaft, in langjährige Energieprojekte zu investieren, im Wort zu bleiben.

---

Quelle: **FONDS professionell ONLINE** | [www.fondsprofessionell.de](http://www.fondsprofessionell.de)